

**POLICY PAPER  
N°240**

**6 JUNI 2019**

**#ÉLECTIONS2019**

# EUROPAWAHL: FÜR EINEN KOALITIONSVERTRAG ZU VIERT



■ **PASCAL LAMY**  
emeritierter  
Vorsitzender des  
Institut Jacques Delors

■ **CHRISTINE VERGER**  
Beraterin des Institut  
Jacques Delors

■ **GENEVIÈVE PONS**  
Leiterin des Brüsseler  
Büros des Institut  
Jacques Delors

■ **ALSO AVAILABLE IN  
[FRENCH](#) AND [ENGLISH](#)**

## EINFÜHRUNG

Die Europawahl 2019 ist mit keiner Europawahl zuvor vergleichbar: Die diesjährige Wahl zeichnet sich durch einen deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung, die Schwächung traditioneller Parteifamilien, die gleichzeitige Stärkung der politischen Mitte und der Grünen sowie durch den anhaltenden Druck durch nationalistische und extremistische Parteien aus.

Viele Bürger Europas haben erkannt, dass die Europäische Union mit zahlreichen internen und externen Herausforderungen zugleich konfrontiert ist: Mit der Klima- und Umweltkrise, der Migrationsproblematik, wirtschaftlichen Schwierigkeiten, dem Anstieg sozialer Ungleichheit, dem Brexit sowie der Zunahme von Populismus und Nationalismus. Darüber hinaus wird die Union von den Großmächten – insbesondere von den USA, Russland und wahrscheinlich auch von China – vor ökonomische und geopolitische Herausforderungen gestellt.

Die Bürger haben daraus Konsequenzen gezogen. Jetzt muss auch das Parlament, der Europäische Rat und die neue Kommission handeln.

Das Ergebnis der Wahl ist Ausdruck einer großen pro-europäischen Mehrheit, die den Umbruch in der politischen Landschaft Europas widerspiegelt. Doch diese Mehrheit muss noch gebildet werden.

Die vier großen politischen Familien, die diese Mehrheit bilden müssten (EVP, S&D, ALDE, Grüne), können nur dann eine stabile Koalition bilden, wenn sie politische Spaltungen überwinden und sich auf einen gemeinsamen politischen Fahrplan einigen. Das ist in vielen Mitgliedsstaaten geläufige Praxis, in bestimmten parlamentarischen Systemen sogar Voraussetzung. Auf europäischer Ebene wurde dies aber nie formalisiert. Dabei geht es nicht darum, Unterschiede zu verwässern oder politische Debatten zu unterdrücken. Man sollte sich vielmehr auf das Wesentliche einigen, damit die Institution des Parlaments effizient funktionieren kann, und dazu beitragen, dass die Herausforderungen der kommenden fünf Jahre bewältigt werden können.

Die Bildung einer solchen Koalition wird kein einfaches Unterfangen sein. Obwohl es die beiden größten politischen Familien im Europäischen Parlament (EVP & S&D) gewohnt sind, zu kooperieren, hat diese Zusammenarbeit noch nie zu einer gemeinsamen politischen Erklärung geführt. Hinzu kommt, dass die beiden Parteifamilien nach der Wahl im Mai 2019 zum ersten Mal nicht mehr zusammen die Mehrheit stellen.

Die neue Koalition könnte in zwei Schritten gebildet werden.

Zunächst müsste die Wahl des Präsidenten der Kommission (auf Vorschlag des Europäischen Rats hin) durch das neue Parlament der Bedingung unterliegen, dass der Kandidat bzw. die Kandidatin eine Erklärung annimmt. Diese Erklärung müsste die politischen Prioritäten enthalten, die die beiden „Kammern“ – die Kammer der Staaten (Rat) und die Kammer der Bürger (Parlament) – aufgestellt haben. Der bzw. die Kandidat/in müsste dann dafür sorgen, dass die Zusammensetzung, die Organisation und die Führung der Institution dieser Erklärung entsprechen.

Erst danach könnte zwischen den politischen Gruppen im Parlament ein detaillierteres Programm ausgehandelt werden, das zusammen mit den vom Europäischen Rat verabschiedeten Leitlinien als Rahmen für das Arbeitsprogramm der Kommission dienen würde.

**Das Jacques Delors Institut schlägt in diesem Text die Grundzüge des Koalitionsvertrages vor, der zwischen den pro-europäischen politischen Familien (EVP, S&D, ALDE, Grüne) geschlossen werden könnte.**

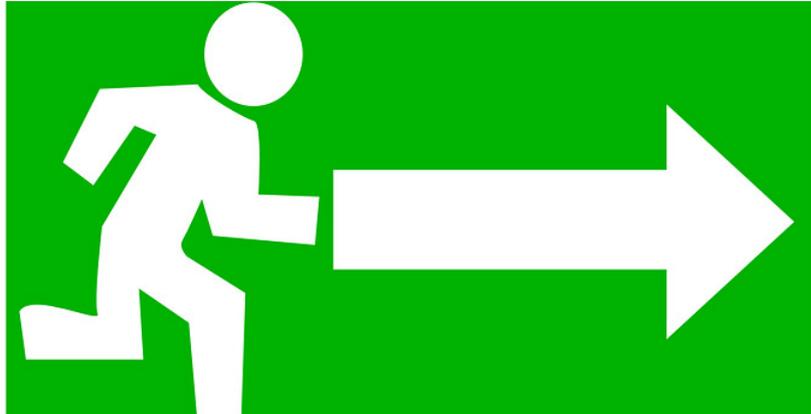
Hinter den Personalien für die wichtigen Präsidentschaftsämter der europäischen Institutionen – insbesondere das Amt des Kommissionpräsidenten, muss vor allem ein politisches Programm stehen.

Zuerst müssen die Grundwerte und das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Europäischen Union bekräftigt werden: liberale Demokratie, Schutz der Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz, soziale Marktwirtschaft, gesellschaftlicher Fortschritt, territoriale Kohäsion sowie die Verteidigung der europäischen Interessen auf internationaler Ebene. Gleichzeitig müssen die Grundprinzipien der Union, die Jacques Delors am Herzen lagen, berücksichtigt werden: „stimulierender Wettbewerb, stärkende Zusammenarbeit, einigende Solidarität.“ In einem zweiten Schritt muss Initiative ergriffen werden für ehrgeizige Umweltschutznormen, die Stärkung unserer Sozialsysteme und die Einführung von Regulierungen, die es uns ermöglichen, die Technologien von morgen – wie die Digitaltechnologie – zu fördern. Schließlich gilt es, Verantwortung für die Souveränität Europas zu übernehmen in einer Welt, die von der Rivalität zwischen den USA und China dominiert wird und verschiedene außenpolitische Strategien zu entwickeln und die Grenzen der Union zu schützen.

**Dieser Koalitionsvertrag wird auf vier großen politischen Zielsetzungen basieren:**

- auf den ökologischen Notstand reagieren
- Europa kompetitiver und gerechter machen
- die Sicherheit aller gewährleisten
- die Demokratie stärken.

## AUF DIE ÖKOLOGISCHE NOTSTAND REAGIEREN ■



- **Garantie der Klimaneutralität** der Europäischen Union bis zum Jahr 2050 und Festlegung der Grundzüge für die Fortführung der Energiewende, gefördert durch eine Stärkung des Grünen Finanzwesens und unterstützt durch die Einführung einer europäischen CO<sub>2</sub>-Steuer unter Berücksichtigung sozialer Begleitmaßnahmen: Umschulungen, Bekämpfung der Energieknappheit, Zuschüsse für die Sanierung von Wohnraum<sup>1</sup>...
- **Verstärkung der öffentlichen Bemühungen** zur Förderung CO<sub>2</sub>-armer Investitionen und zur Reduzierung CO<sub>2</sub>-intensiver Investitionen.
- **Gestaltung der notwendigen Transformation der europäischen Landwirtschaft** mit dem Ziel, biologische Vielfalt sowie der Gesundheit der Landwirte und der Verbraucher zu bewahren. Sicherstellung, dass die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 zur einer echten gemeinsamen Agrar- und Ernährungspolitik wird und dass sie neue Modelle für die nachhaltige Produktion und Ernährung fördert: ökologische Landwirtschaft, Permakultur, kurze Versorgungsketten.
- **Auftritt auf internationaler Ebene** nicht nur als Klimachampion, sondern auch als Champion der biologischen Vielfalt und des Schutzes der Ozeane.. Treibende Kraft für das Erreichen einer Einigung zur biologischen Vielfalt bei der COP in Peking 2020, die ehrgeizige Verpflichtungen sowie konkrete Maßnahmen umfasst. Erreichen des Ziels, 30 % der Ozeane bis 2030 unter Schutz zu stellen. Förderung des Abschlusses eines Abkommens über die Gesundheit der Ozeane, das ein Verbot nicht recycelbarer Kunststoffe und umweltschädlicher Mikro-Kunststoffe enthält; Anpassung der europäischen Handelspolitik an strengere ökologische Bedingungen<sup>2</sup>.
- **Fortführen der Bemühungen** zur Schaffung einer Kreislaufwirtschaft durch die Aufwertung

1. "Making the European Energy Transition a European Success", Report, Jacques Delors Institut, 2017.

Europe needs a Social Pact for the Energy Transition", Brief, Jacques Delors, Sofia Fernandes und Thomas Pellerin-Carlin, Januar 2018.

"Making the European Energy Transition socially sustainable", Blog Post, Sofia Fernandes und Thomas Pellerin-Carlin, 20. Mai 2019

2. "Time to green EU trade policy: but how?", Policy Paper, wird vom Jacques Delors Institut, Pascal Lamy, Geneviève Pons und Pierre Leturcq herausgegeben werden

seltener natürlicher Ressourcen, die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Abfälle und ihre Zirkulation sowie für Sekundärstoffe und durch eine höhere Besteuerung von Naturkapital bei niedrigerer Besteuerung von Arbeit

# DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EUROPAS UND DIE GERECHTIGKEIT IN EUROPA VERBESSERN ■



## 2.1 Konsolidierung des europäischen Sozialmodells

- **Verabschiedung einer Agenda für soziale Maßnahmen bis zum Jahr 2024**, um die 20 Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte in konkrete Initiativen zu verwandeln, insbesondere in Bezug auf die Berufsausbildung, den Mindestlohn und die Bekämpfung von Diskriminierung.
- **Stärkung des Erasmus-Programms** unter besonderer Berücksichtigung von Auszubildenden (ErasmusPro) und Gymnasiasten (Erasmus Teens<sup>3</sup>).
- **Einführung eines europäischen Arbeitslosenversicherungssystems** (oder Arbeitslosen-Rückversicherungssystems) für die Eurozone.
- **Harmonisierung der Steuersätze und der Besteuerungsgrundlagen für die Körperschaftssteuer**, Bekämpfung von Steuerdumping und Besteuerung der in der EU niedergelassenen Großkonzerne wie der GAFA.
- **Aufstellen eines Plans für soziale Investitionen**, um Europäer im Kontext der Transformation des Arbeitsmarktes zu unterstützen und soziale Ungleichheit in der Europäischen Union zu bekämpfen. Der Plan sollte die Schaffung eines europäischen Fonds für die Unterstützung bei Transformationsprozessen<sup>4</sup>, die Stärkung der sozialen Komponente des zukünftigen InvestEU-Fonds und die Einführung neuer Ressourcen enthalten, die die Europäische Union direkt erhalten würde.

<sup>3</sup>. "For an Erasmus Teens", Claire Versini, Policy Paper 228, September 2018

<sup>4</sup>. "Towards a European Transition Support Fund", Sofia Fernandes, Policy Paper 231, Oktober 2018

## 2.2 Stabilisierung der Eurozone

- **Schaffung eines Haushaltsinstruments für die Eurozone**, verwaltet von einem europäischen Finanzminister und kontrolliert durch das Parlament
- **Vervollständigung der Bankenunion** durch die Schaffung eines Sicherheitsnetzes für den Bankeninsolvenzfonds und eines europäischen Mechanismus für die Sicherung von Bankeinlagen.
- **Aufstellen eines Programms für die Stärkung der internationalen Rolle des Euros** zur Immunisierung der Europäischen Union gegen extraterritoriale, auf dem Dollar basierende Sanktionen durch die USA.

## 2.3 Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Resilienz der europäischen Wirtschaft durch Vertiefung des digitalen Binnenmarkts

- **Verlängerung des Juncker-Plans** (Investitionsoffensive für Europa), vor allem in Bezug auf Investitionen in digitale Infrastruktur
- **Verdoppelung der Finanzmittel** für den Bereich „Forschung, Innovation und Digitalisierung“ des Programms InvestEU 2021-2027
- **Reform der europäischen Wettbewerbsregeln**, um den Entwicklungen auf dem Weltmarkt (Wachstum der chinesischen Unternehmen, Internetgiganten) Rechnung zu tragen.

# DIE SICHERHEIT ALLER GEWÄHRLEISTEN ■



## 3.1 Sicherheit und Verteidigung Europas

- **Verständnis von europäischer Verteidigung nicht als Frage technischer Instrumente**, sondern als politische Vision einer strategischen Autonomie Europas, auch gegenüber den USA.
- **Schaffung eines Sicherheitsrats der Staats- und Regierungschefs**, der mindestens einmal im Jahr zusammentritt und im Hinblick auf Fragen der inneren und äußeren Sicherheit eine gemeinsame Analyse der Bedrohungen durchführt und die ergriffenen Maßnahmen regelmäßig beurteilt.

### 3.2 Bekämpfung von Terrorismus und Cyberkriminalität

- **Gemeinsame Bekämpfung der terroristischen Bedrohung** durch das Einrichten von Systemen zum Austausch von Informationen auf europäischer Ebene, die für effiziente Maßnahmen in der Zone des freien Personenverkehrs notwendig sind sowie durch Investitionen in die digitale Sicherheit der Europäischen Union.

### 3.3 Eine effektive europäische Migrationspolitik

- **Anstreben einer Einigung, eventuell in Form eines neuen Abkommens** zwischen einer gewissen Zahl von Mitgliedsstaaten, - über eine europäische Asyl-, Migrations- und Mobilitätspolitik. Vereinheitlichung der Bedingungen für die Gewährung von Asyl in der Europäischen Union, wobei die betroffenen Staaten die gegenseitige Anerkennung der Entscheidungen über die Gewährung des Flüchtlingsstatus akzeptieren.
- **Stärkung der Handlungsfähigkeit von Frontex** durch Einstellen der bereits vorgeschlagenen 10 000 Mitarbeiter für Grenzschutz- und Küstenwache ab 2022 und durch Erhöhung des Haushalts der Agentur.

## DIE DEMOKRATIE STÄRKEN ■



### 4.1 Schutz der Rechtsstaatlichkeit

- **Einsatz aller rechtlichen und politischen Mittel** zur Überwachung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten, insbesondere durch die Bildung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen oder Sonderausschüssen und durch Anhörungen.
- **Stärkung der Kontrollmechanismen für die Verwendung von EU-Mitteln**, zum Beispiel mithilfe des Verfahrens der Haushaltsentlastung, und Priorisierung der Bekämpfung von Korruption in Zusammenarbeit mit der europäischen Staatsanwaltschaft.

### 4.2 Stärkung der repräsentativen Demokratie

- **Annahme des Vorschlags von transnationalen Listen für das Jahr 2024.**
- Befähigung des Europäischen Parlaments, Änderungen **des Arbeitsprogramms der**

**Kommission vorzuschlagen**, und der Annahme dieses Programmes durch die beiden Institutionen.

- **Schaffung von Kompetenzen in Bezug auf Einnahmen für das Europäische Parlament nach dem Grundsatz**, keine Besteuerung ohne gewählte politische Repräsentation sowie Zusicherungen für die Umsetzung des Monti-Berichts von 2016 über die Finanzierung durch Eigenmittel als Bedingung für die Annahme der nächsten finanziellen Perspektiven.

### **4.3 Garantien für die Gleichheit der Bürger und für die Verantwortung diesen gegenüber**

- Sicherstellung des **Paritätsprinzip** für das nächste Kollegium der Kommissare, auch für die Gruppe aus Präsidenten und Vizepräsidenten, sowie für die Vorsitze der europäischen Institutionen.
- **Stärkung der Transparenzmechanismen**, insbesondere durch **Öffnung der gesetzgeberischen Trilogie** zwischen Parlament, Kommission und Rat **für die Öffentlichkeit**.

### **4.4 Stärkung der partizipativen Demokratie**

- Förderung der laufenden **Reform der Bürgerinitiativen**.
- Systematischere Einführung **repräsentativer Bürger-Panels**.



The Jacques Delors Institute is a think tank created to further European integration. Founded by **Jacques Delors** in 1996 under the name Notre Europe, its work draws inspiration from Mr Delors' unifying voice for the continent. An independent think tank based in Paris, its team works closely with the Jacques Delors Institut – Berlin, founded in 2014, with which it shares a representation in Brussels.

**The twofold vocation** of the Jacques Delors Institute is to stimulate, build up and disseminate ideas to unify Europe, based on analysis and reflections, and to inspire and foster citizen dialogue on European construction. To do so, our think tank is placed at the crossroads of the academic, political and media worlds, with which it dialogues and interacts.

Through its website, its newsletter and an influential network, the Jacques Delors Institute disseminates a range of **publications** covering the major issues of European integration. Our reports are benchmark studies on major themes and aim to clarify their challenges and propose strategic guidelines. Our policy papers analyse European issues to put forward realistic recommendations and new avenues. Our briefs present the keys to understanding European issues in an instructive manner. Our blog posts give a specific review of a topical subject.

The Jacques Delors Institute organises many citizen dialogue **events** aimed at the general public, conferences on current themes and expert seminars. The members of our team and governing bodies are very often invited to speak at events organised in various EU Member States and other countries.

**Enrico Letta**, Dean of the School of International Affairs at Sciences Po Paris (PSIA) and former Italian Prime Minister, is the current President of the Jacques Delors Institute. He succeeded **António Vitorino**, **Tommaso Padoa-Schioppa**, **Pascal Lamy** and **Jacques Delors**. Our Director, **Sébastien Maillard**, leads a **European team** of around fifteen members. The Jacques Delors Institut – Berlin is led by Henrik Henderlein.

The governing bodies of the Jacques Delors Institute comprise high-profile European figures. Our **Board of Trustees** takes care of our moral and financial interests. Our **Board of Directors** is responsible for the management and direction of our works, monitored by our Bureau.

All our activities can be accessed free of charge, in French and English on our new **website** and via **social networks**. The Jacques Delors Institute is wholly independent of any political influence or economic interests.



L'Europe pour  
les citoyens



Herausgeber: Sébastien Maillard ■ Die vollständige oder auszugsweise Vervielfältigung dieses Beitrags ist nur unter der doppelten Bedingung erlaubt, dass sie ihren Sinn nicht verfälscht und dass die Quelle angegeben wird ■ Die wiedergegebenen Meinungsäußerungen liegen in der alleinigen Verantwortung des/der jeweiligen Autors/Autorin ■ Das Institut Jacques Delors übernimmt keine Haftung für die Verwendung dieses Beitrags durch Dritte ■ Übersetzung vom Französischen ins Deutsche von Marina Schewe ■ © Institut Jacques Delors